

**Antrag auf Zuweisung einer Unterkunft**

**7.11.2019**

**Formulierungsbeispiel:**

.....  
*Name / Adresse des Antragstellers*

.....  
*Datum*

*An Gemeindeverwaltung G*

*- Gefahrenabwehrbehörde – (= je nach Landesrecht Ordnungsamt, Ortpolizei-, Sicherheits-  
Verwaltungsbehörde)*

.....  
*(Adresse)*

*Antrag auf Zuweisung einer Unterkunft zur Vermeidung der drohenden unfreiwilligen  
Obdachlosigkeit*

*Telefonat / Vorsprache vom ...*

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

*hiermit beantrage ich, mir umgehend eine angemessene, den Mindestanforderungen an die  
Menschenwürde entsprechende Unterkunft, zuzuweisen. Die Voraussetzungen für einen  
Unterbringungsanspruch nach dem Polizei- und Ordnungsrecht liegen bei mir vor. Ich habe  
keinerlei Möglichkeiten, irgendwo auch nur vorübergehend unterzukommen. Auch bin ich  
derzeit zur Selbsthilfe nicht in der Lage.*

*Da die Angelegenheit eilbedürftig ist, erwarte ich eine schriftliche Entscheidung über diesen  
Antrag bis spätestens zum ..... (< = Fristsetzung durch Datumsangabe>).*

*Sollte mir nicht bis spätestens zum ... eine entsprechende schriftliche Einweisungsverfügung  
vorliegen, behalte ich mir weitere rechtliche Schritte vor, insbesondere den Antrag auf  
Gewährung des einstweiligen Rechtsschutzes beim zuständigen Verwaltungsgericht nach § 123  
VwGO.*

***Begründung***

*Seit ca. zwei Monaten bin ich bei der privaten gGmbH ..... in der .... Straße in der Stadt E in  
einer Notschlafstelle untergebracht. Da in dieser Einrichtung die Höchstdauer von 60 Tagen  
festgesetzt ist, muss ich spätestens am 30. 11. 2019 diese Einrichtung verlassen. Die gGmbH  
ist aus grundsätzlichen Erwägungen nicht zu einer Verlängerung der Verweildauer bereit. Sie  
besteht auf einer fristgerechten Räumung.*

*Beweis: Mitteilung der Notschlafstelle gGmbH ..... vom .....*

*Seit dem <Datum> bin ich arbeitslos und beziehe zurzeit Arbeitslosengeld in Höhe von monatlich .... Euro.*

*Beweis: Leistungsbescheid des Jobcenters von E .... vom <Datum>, Az (= Aktenzeichen)*

*Die Voraussetzungen einer unfreiwilligen Obdachlosigkeit sind bei mir gegeben:*

*Ab dem 1. Dezember 2019 bin ich obdachlos und müsste deshalb mein Leben im Freien verbringen. Ich habe keinerlei Möglichkeiten, selbst eine Wohnung oder Unterkunft zu mieten oder sonst irgendwo unterzukommen. Insbesondere kann ich mir nicht auf dem freien Wohnungsmarkt kurzfristig eine Wohnung verschaffen. Angesichts der auch amtsbekannten Wohnungsnot in E habe ich keine Chance, einen Mietvertrag abzuschließen. Eine Wohnungssuche ist für mich praktisch aussichtslos.*

*Wegen meiner Einkommenssituation verfüge ich auch nicht über hinreichend genügende eigene finanzielle Mittel, um eine Unterkunft selbst einfacher Art anzumieten. Die Höhe meines Arbeitslosengelds reicht nicht aus, auf dem freien Wohnungsmarkt eine angemessene Wohnung anzumieten. Weitere Einkünfte oder sonstige Finanzierungsmittel stehen mir nicht zur Verfügung.*

*Beweis: - Bescheid des Jobcenters vom ....., Az .....*

*- Kontoauszüge der Sparkasse ....., Nr. ....*

*Ich bin auch nicht bereit, mein Leben künftig “unter freiem Himmel” zu verbringen. Aus diesen Gründen bin ich auf die Zuweisung einer Unterkunft durch die Gemeinde angewiesen.*

Ich bitte daher, antragsgemäß zu entscheiden.

Mit freundlichen Grüßen

Antragsteller/in

# Muster einer Einweisungsverfügung

7.11.2019

Gemeinde / Stadt  
Ortspolizeibehörde

Ort/Datum

An Frau / Herr.....

Ordnungsrechtliche Maßnahmen zur Vermeidung / Beseitigung Ihrer unfreiwilligen Obdachlosigkeit  
hier: Ihre Einweisung in eine Notunterkunft

Bezug: Ihr Antrag / Ihre Vorsprache vom ..... (= Gewährung des rechtlichen  
Gehörs)

Anlage: Satzung der Gemeinde / Stadt über die Benutzung von Obdachlosen- und  
Flüchtlingsunterkünften vom .....

Sehr geehrte / r Frau / Herr .....

Zur Vermeidung / Beseitigung Ihrer (drohenden) Obdachlosigkeit erlassen wir hiermit folgende

## Einweisungsverfügung:

1. Sie werden in die (gemeindliche) Notunterkunft in (Ort), (Straße)  
Nr. , Stock , bestehend aus folgenden Räumen ..... einschließlich  
der Mitbenutzung folgender Räume / Einrichtungen .....  
ab dem ..... (Datum)  
eingewiesen.  
Die Einweisung wird bis zum .....(Datum) befristet.
2. Hinsichtlich der Maßnahme Ziff. 1 wird die sofortige Vollziehung angeordnet.

## Gründe

1. Gemäß §§ .....(= *jeweilige landesrechtliche polizeiliche Generalklausel, siehe Hinweise Ziff. 5 dieses Kapitels*) hat die Ortspolizeibehörde die Aufgabe, von dem Einzelnen und dem Gemeinwesen Gefahren abzuwehren, durch die die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bedroht wird und Störungen zu beseitigen, soweit dies im öffentlichen Interesse geboten ist. Dementsprechend ist die Ordnungsbehörde verpflichtet, die (unfreiwillige) Obdachlosigkeit als Störung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu verhindern oder zu beseitigen, wobei sie diese Aufgabe unter Berücksichtigung aller Umstände nach pflichtgemäßem Ermessen zu erfüllen hat. Nach unseren Feststellungen liegen in Ihrem Fall die Voraussetzungen einer unfreiwilligen Obdachlosigkeit vor.

Mit der Einweisung in die oben näher beschriebene Notunterkunft wird Ihnen die Möglichkeit eröffnet, diese zu nutzen. Da Sie nunmehr die Möglichkeit haben, eine Notunterkunft zu benutzen, entfällt formal betrachtet Ihre unfreiwillige Obdachlosigkeit.

Durch die Einweisungsverfügung entsteht zwischen Ihnen und der Gemeinde / Stadt ein **öffentlich-rechtliches Benutzungsverhältnis**. Die Rechtsbeziehungen auf Grund dieser Einweisungsverfügung

richten sich insbesondere nach der Satzung der Gemeinde / Stadt über die Benutzung von Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften vom ... .. und der Hausordnung. Sie sind verpflichtet, die darin genannten Pflichten und Regelungen ausnahmslos zu beachten.

Die Ihnen zugewiesene Unterkunft ist keine Wohnung, sondern nur eine **Notunterkunft**. Sie genügt den Mindestanforderungen an eine menschenwürdige Unterbringung. Die Einweisung hat lediglich Überbrückungscharakter und verfolgt den Zweck, Ihnen vorübergehend ein Unterkommen einfacher Art zur Abwendung Ihrer Obdachlosigkeit zu bieten. Die Gewährung und Sicherung einer Unterkunft auf Dauer ist eine Aufgabe des zuständigen Trägers der Sozialbehörde. Wir fordern Sie deshalb auf, sich wegen einer Versorgung mit Wohnraum mit dem Träger der Sozialbehörde in Verbindung zu setzen.

Durch diese Einweisung wird weder ein Besitzstand noch ein Bleiberecht begründet. Sie können daher bei dem Vorliegen sachlicher Gründe jederzeit in eine andere Notunterkunft umgesetzt werden. Da die Einweisung nur **Überbrückungscharakter** besitzt, wurde die Maßnahme befristet. **Nach dem Grundsatz des Vorrangs der Selbsthilfe** sind Sie verpflichtet, sich selbst unter Ausschöpfung aller Ihnen zu Gebote stehenden Eigenmaßnahmen eine Unterkunft zu beschaffen. Sie werden hiermit aufgefordert, sich umgehend um eine anderweitige bzw. dauerhafte Unterkunft / Wohnung zu bemühen. Entsprechende Nachweise sind vorzulegen.

**2.** Die sofortige Vollziehung dieser Verfügung wird gemäß § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 VwGO im überwiegenden öffentlichen Interesse und in Ihrem eigenen Interesse angeordnet.

Durch Ihre (drohende) Obdachlosigkeit wird die öffentliche Sicherheit konkret gefährdet. Zu den Schutzgütern der öffentlichen Sicherheit gehören auch die subjektiven Rechte und Rechtsgüter des Einzelnen, insbesondere die Grundrechte. Zum Schutz elementarer Individualrechte wie das Recht auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit, auf Gesundheit und auf Wahrung der Menschenwürde ist das Vorliegen eines besonderen Vollzugsinteresses zu bejahen. Mit der Aufgabe der Ortspolizeibehörde, diese Grundrechte zu schützen, ist es nicht vereinbar, Sie bis zu einer Entscheidung in der Hauptsache über einen eventuellen Rechtsbehelf ohne Obdach unter freiem Himmel leben zu lassen.

Auf den in der Anlage beigefügten Gebührenbescheid, durch den die von Ihnen zu bezahlende Benutzungsgebühr festgesetzt wird, wird ergänzend verwiesen.

### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Mit freundlichen Grüßen

.....  
Unterschrift

### **Anlagen:**

Gebührenbescheid vom .....

Satzung über die Benutzung von Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften vom .....

# Muster einer Räumungsverfügung

**Ausgangsfall:** Ein / e Obdachlose / r benutzt schon seit Wochen nicht mehr die ihm zugewiesene Unterkunft.

Gemeinde / Stadt.....  
Ordnungsbehörde

Ort ..... 10.11.2019

An Frau / Herrn

..... (vollständiger Name und Adresse)

Überlassung der Ihnen zugewiesenen Notunterkunft in der ....Straße

hier: Räumungsanordnung

Besprechung / Schreiben vom ..... (= Gewährung rechtl. Gehörs, § 28 LVwVfG)

Sehr geehrte / r Frau / Herr .....,

nachdem Sie nicht bereit sind, die Ihnen überlassene Notunterkunft in der ..... Straße Nr. .... (genaue Beschreibung der örtlichen Lage) zu dem angegebenen Zeitpunkt freiwillig zu räumen, erlassen wir hiermit folgende

## **Räumungsverfügung:**

1. Die Einweisungsverfügung vom ..... für die Notunterkunft in der .... Straße, ... Nr. ... wird widerrufen/ aufgehoben.
2. Die Räumung der oben genannten Notunterkunft, bestehend aus folgenden Räumen und Nebenräumen ....., wird angeordnet.  
Für die Räumung wird eine **Frist** bis spätestens zum .....(Datum) um xx.xx Uhr festgesetzt.  
Sie haben die Unterkunft leer zu räumen sowie besenrein zu hinterlassen.  
Die Schlüssel für die Unterkunft (.....(Anzahl u. dgl.)) sind zu dem o.g. Termin bei der Ortspolizeibehörde abzugeben.
3. Die sofortige Vollziehung der Maßnahmen nach Ziffer 1 und 2 wird angeordnet.
4. Für den Fall, dass Sie die Unterkunft nicht zu dem angegebenen Termin geräumt haben (Ziffer 2), wird die Räumung durch unmittelbaren Zwang angedroht (Zwangsräumung).

## **Gegebenenfalls weitere Verfügung zur Vermeidung einer unfreiwilligen Obdachlosigkeit:**

Zur Vermeidung Ihrer Obdachlosigkeit werden Sie in die Notunterkunft..... eingewiesen.

## **Gründe**

1. Mit Verfügung der Ordnungsbehörde vom ..... wurden Sie zur Vermeidung Ihrer Obdachlosigkeit in

die Notunterkunft in der ..... Straße eingewiesen. Nach unseren Feststellungen wird jedoch diese Unterkunft von Ihnen nicht mehr genutzt. Bei mehreren Überprüfungen vor Ort konnte Ihre Anwesenheit nicht festgestellt werden. Unserer schriftlichen Aufforderung vom ..., hier vorzusprechen, wurde von Ihnen nicht Folge geleistet.

Auf Grund dieses Sachverhalts sind wir der Auffassung, dass Sie nicht mehr freiwillig obdachlos sind. Offensichtlich verfügen Sie über anderweitige Unterbringungsmöglichkeiten. Dann ist aber eine Unterbringung in der o.g. Notunterkunft nicht mehr erforderlich.

**Wir heben deshalb mit sofortiger Wirkung die Einweisungsverfügung vom ..... auf.**

Alternativ:

**Die Einweisungsverfügung vom ..... wird widerrufen.**

2. Da Sie mit der Aufhebung der Einweisungsverfügung nicht mehr berechtigt sind, die oben genannten Unterkunft zu nutzen, ordnen wir hiermit gemäß §§ ..... (jeweilige landesrechtliche Generalklausel, z.B. § 11 NPOG) die Räumung der obengenannten Notunterkunft an. Die Gemeinde / Stadt ist dringend auf die weitere Nutzung dieser Unterkunft für die Unterbringung von Obdachlosen angewiesen. Wegen der Vielzahl der unterzubringenden Personen kann es sich die Gemeinde / Stadt nicht leisten, eine Notunterkunft ungenutzt zu lassen.

Da Sie nicht mehr länger berechtigt sind, die Unterkunft zu nutzen, sind Sie verpflichtet, auszuziehen und die Unterkunft geräumt an die Gemeinde / Stadt zu übergeben. Für diese Räumung haben wir Ihnen eine zumutbare Frist bis zum ... (Datum) gesetzt. Soweit Sie nicht schon über eine andere Unterkunftsmöglichkeit verfügen, haben Sie nach unserer Auffassung bis zu dem genannten Räumungstermin ausreichend Zeit, um sich selbst und anderweitig eine andere Unterkunft zu suchen.

3. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung der Verfügungen Ziffer 1 und 2 erfolgt im überwiegenden öffentlichen Interesse nach § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 VwGO. Das besondere Vollzugsinteresse ist im vorliegenden Fall gegeben. Wegen der Vielzahl der unterzubringenden obdachlosen Menschen ist die Gemeinde/Stadt dringend auf nutzbare Notunterkünfte angewiesen. Es ist deshalb nicht zu verantworten, wenn vorhandene Unterkünfte nicht genutzt werden. Die Gemeinde/Stadt kann daher auch nicht die oben genannten Unterkunft so lange für Sie vorhalten, bis über Ihre eventuellen rechtskräftigen Rechtsbehelfe entschieden ist. Die hier vorzunehmende Abwägung zwischen Ihren privaten Belangen und den öffentlichen Interessen ergibt, dass das Interesse an einem sofortigen Vollzug der Anordnungen eindeutig überwiegt.

4. Für den Fall der nicht rechtzeitigen freiwilligen Räumung (siehe die Verfügungen in Ziffer 2) haben wir nach §§ .... (= jeweilige landesrechtliche Vorschriften über die Androhung des Zwangsmittels unmittelbaren Zwangs bzw. der Zwangsräumung) die Zwangsräumung angedroht. Im Falle der Nichtbeachtung der Räumungsfrist müssen Sie daher damit rechnen, dass Sie notfalls durch die Polizei auch gegen Ihren Willen aus der Unterkunft gesetzt werden und dass die Unterkunft komplett geräumt wird. Nach Ihrem bisherigen Verhalten ist die Androhung des unmittelbaren Zwangs in der Form der Zwangsräumung im vorliegenden Fall das einzige effektive Zwangsmittel, um sofort den der Behörde zustehenden Rechtsanspruch auf Räumung durchzusetzen.

**Rechtsbehelfsbelehrung**

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift

# Muster einer Umsetzungsverfügung

Gemeinde / Stadt .....  
Ordnungsbehörde

Ort ..., 10.11.2019

An Frau / Herr .....(vollständiger Name / Adresse)

## Ordnungsrechtliche Maßnahmen zur Vermeidung / Beseitigung Ihrer unfreiwilligen Obdachlosigkeit

### hier: Umsetzungsverfügung

Ihr Antrag / Ihre Vorsprache vom ..... (Angaben wegen der Gewährung des rechtl. Gehörs erforderlich, § 28 VwVfG)

Sehr geehrte / r Frau / Herr .....

zur Vermeidung / Beseitigung Ihrer drohenden Obdachlosigkeit erlassen wir hiermit folgende

## Umsetzungsverfügung:

1. Die Einweisungsverfügung vom .....wird widerrufen/aufgehoben.
2. Die Räumung der Ihnen durch o. g. Verfügung (Ziff. 1) in der Straße .../ Stock ...zugewiesenen Notunterkunft wird angeordnet. Sie haben die o. g. Notunterkunft (Ziff. 1) bis spätestens zum..... (Datum), ..... Uhr, vollständig zu räumen und besenrein zu hinterlassen. Die Schlüssel der Unterkunft sind abzugeben.
3. Sie werden mit Wirkung ab dem ..... in die gemeindliche Notunterkunft in der .... Straße Nr. ..., bestehend aus folgenden Räumen..., eingewiesen. Die Einweisung in die neue Unterkunft in der ..... Straße, Nr. .... wird bis zum ..... (Datum) befristet.
4. Die sofortige Vollziehung der unter Ziffer 1 und 2 genannten Maßnahmen wird angeordnet.
5. Für den Fall, dass Sie oben genannte Notunterkunft in der ..... Straße (Ziffer 1) nicht zu dem genannten Zeitpunkt (Ziffer 2) vollständig räumen, wird die **Räumung durch unmittelbaren Zwang** (Zwangsräumung) **angedroht**.

### Gründe

1. Mit Verfügung der Gemeinde / Stadt vom ..... wurden Sie zur Vermeidung Ihrer(unfreiwilligen) Obdachlosigkeit in die oben genannte Notunterkunft in der Straße, Nr. .... eingewiesen. Dadurch entstand zwischen Ihnen und der einweisenden Gemeinde/Stadt ein öffentlich-rechtliches Gebrauchs- und Überlassungsverhältnis. Durch diese Einweisung wurde jedoch kein Besitzstand begründet, der Ihrer Umsetzung in eine andere Unterkunft entgegensteht. Sie haben daher keinen Rechtsanspruch, in der zugewiesenen Unterkunft zu bleiben; vielmehr ist die Behörde berechtigt, Sie bei Vorliegen sachlicher Gründe in eine andere Unterkunft umzusetzen.

Die zugewiesene Unterkunft kann Ihnen aus folgenden Gründen nicht mehr länger überlassen werden: z. B: *Die Gemeinde / Stadt benötigt diese Räume dringend für andere Zwecke; die Räume müssen renoviert werden u. dgl. ...* (Hinweis: **Es muss ein sachlicher Grund angegeben werden**).

Aus diesen Gründen wird die Einweisungsverfügung vom .... aufgehoben.

2. Mit der Aufhebung der Einweisungsverfügung (Ziffer 1) entfällt ihre Berechtigung, die bisherige Notunterkunft in der .... Straße über den genannten Räumungstermin hinaus zu nutzen. **Aus diesem Grund wird die Räumung dieser Unterkunft angeordnet.**

Die Räumungsanordnung beruht auf der sicherheitsrechtlichen Generalklausel des § 11 NPOG (= jeweilige landesrechtliche Generalermächtigung). Das Schutzgut der öffentlichen Sicherheit umfasst auch die Funktionsfähigkeit staatlicher Einrichtungen wie z. B. der Obdachlosenunterkünfte, die als öffentliche Einrichtungen betrieben werden. Die Funktionsfähigkeit der Ihnen überlassenen Obdachlosenunterkunft wird beeinträchtigt, wenn Sie sich darin unberechtigt aufhalten. Eine anderweitige Nutzung / Verwendung der Unterkunft wird dadurch ausgeschlossen. Die gesetzte Räumungsfrist von ..... Tagen ist angemessen. Sie haben die Möglichkeit, innerhalb dieser Frist Ihre persönliche Habe und Einrichtungsgegenstände zu räumen und innerhalb der gesetzten Frist in die neue Unterkunft einzuziehen.

3. Mit der Aufhebung der Einweisungsverfügung haben Sie nicht mehr die Möglichkeit, die bisherige Unterkunft länger zu nutzen. Zur Vermeidung der dadurch drohenden unfreiwilligen Obdachlosigkeit werden Sie deshalb in die Notunterkunft in der ....Straße / Gebäude eingewiesen. Mit der **Einweisung in die neue Notunterkunft** wird Ihnen die Möglichkeit eröffnet, diese Räume zur Vermeidung Ihrer unfreiwilligen Obdachlosigkeit zu nutzen. Nach dem Grundsatz des Vorrangs der Selbsthilfe sind Sie verpflichtet, sich mit eigenen Mitteln und Anstrengungen eine Unterkunft zu beschaffen. Da auch die Einweisung in diese Notunterkunft nur Überbrückungscharakter besitzt, ist die Einweisung befristet .....
4. Die **Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit** der unter Ziffer 1 bis 2 angeordneten Maßnahmen erfolgt im besonderen öffentlichen Interesse nach § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 VwGO. Da die Notunterkunft in der...Straße nicht mehr länger für Ihre ordnungsrechtliche Unterbringung zur Verfügung steht, muss die Gemeinde / Stadt für eine umgehende Räumung sorgen. Eine andere Entscheidung ist aus Gründen einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung nicht vertretbar. Die Gemeinde / Stadt will die Ihnen überlassenen Räume ohne zeitliche Verzögerung einer anderen Nutzung / Verwendung zuführen; ihr kann deshalb nicht zugemutet werden, mit der Verwirklichung ihres Konzeptes bis zur Entscheidung in der Hauptsache über einen eventuellen Rechtsbehelf zu warten. In der Einweisungsverfügung wurden Sie ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Sie keinen Rechtsanspruch auf Verbleiben in der bisherigen Unterkunft haben. Durch Ihre Umsetzung in eine andere Notunterkunft wird der Zweck der ordnungsrechtlichen Maßnahme, nämlich die Beschaffung eines Obdachs zur Vermeidung einer Störung der öffentlichen Sicherheit, ebenso sichergestellt. Bei der vorzunehmenden **Abwägung** zwischen diesen öffentlichen Belangen und Ihrem privaten Interesse überwiegt deshalb das öffentliche Vollzugsinteresse.
5. Für den Fall, dass Sie Ihrer Verpflichtung, die Unterkunft in der .....Straße / ... Gebäude bis zu dem genannten Zeitpunkt vollständig zu räumen, nicht freiwillig nachkommen, wird die Zwangsräumung gemäß §§ 64, 65, 69 und 70 NPOG (= jeweilige landesrechtliche Vollstreckungsvorschriften). angedroht. Sie müssen daher damit rechnen, dass Sie und Ihre persönliche Habe / Einrichtungsgegenstände im Falle der Nichtbeachtung der Räumungsfrist notfalls zwangsweise und auf Ihre Kosten aus der bisher von Ihnen genutzten Notunterkunft gesetzt bzw. geräumt werden.

#### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Hochachtungsvoll